

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 50 (1970-1971)
Heft: 10: "Leben mit der Inflation?"

Rubrik: Kommentare und Berichte

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

EINE VERSTÖRTE NATION

Die USA an der Schwelle des neuen Jahres

Vom Malaise zur latenten Revolution

Die USA befinden sich, wie kürzlich ein französischer Auslandskorrespondent feststellte, sozusagen in einer permanenten Wahlkampfsituation. Kaum sind jeweils die Präsidentschaftswahlen vorbei, beginnt schon der Feldzug für die Teilerneuerungswahlen des Kongresses, und unmittelbar nach dem Bekanntwerden der Wahlergebnisse sehen sich der Präsident und selbstverständlich auch die Oppositionspartei veranlasst, die neue Wahlschlacht um den Einzug ins Weisse Haus zu eröffnen. Selbst in normalen Zeiten müsste ein derart hektischer Wahlbetrieb die Führung der Innen- und Aussenpolitik eines Landes ausserordentlich erschweren.

Heute behauptet aber niemand, es herrschten in den USA normale Zeiten. Was ich in meinem letzten Beitrag für die «Schweizer Monatshefte» als das amerikanische «*Malaise*» bezeichnete, hat mittlerweile beunruhigende Dimensionen angenommen. Man spricht heute bereits von einer latenten Revolution. Inwiefern «latent»? Wohl deshalb, weil – wie Jean-François Revel in seiner Arbeit «*Ni Jésus, ni Marx*» schreibt – die kommende Revolution nicht von den heute totalitären marxistischen Staaten ausgelöst wird, sondern weil sie sich in den Köpfen der wohlhabenden, satten und dennoch unruhigen Amerikaner vorbereitet. Ich habe leider keinen Anlass, Revels Behauptung zu widerlegen; vielmehr gelangte ich zu gleichen Ergebnis: Die gegenwärtige revolu-

tionäre Unrast geht nicht auf konkrete soziale Missstände zurück, sondern auf rational kaum fassbare Strömungen und Ideen oder auf das, was man mit andern Worten die «kulturelle Lage» nennen könnte. Die anonyme Macht der Industrie- und Konsumentengesellschaft ist freilich so gross, dass sie den ganzen Prozess verzögern und die revolutionäre Aggression in einen allmählichen Zersetzungsvorgang umwandeln kann.

... oder «*business as usual*»?

Immerhin soll nicht unerwähnt bleiben, dass die letzten Novemberwahlen wieder einmal die altbekannten Aspekte des Lebens und der Institutionen in den Vereinigten Staaten aufzeigten. Dies könnte freilich auch auf den Umstand hindeuten, dass sich der Prozess der demokratischen Willensbildung in zunehmendem Masse ohne Bezug zu den wichtigsten intellektuellen und kulturellen Strömungen abspielt. Alle Kommentatoren sind sich darin einig, dass die Novemberwahlen keinerlei grundsätzlich neuartigen oder gar sensationellen Ergebnisse mit sich brachten. Sie lassen nicht auf einen konservativen Umschwung schliessen; sie vermochten Präsident Nixons Position für das voraussichtlich stürmische Wahljahr 1972 nicht zu stärken; die Wählerschaft liess sich vom Kampfruf «Recht und Ordnung» nicht besonders stark beeinflussen, und ihr Wahlverhalten bestätigte nur die

alte Erfahrung, dass Überlegungen wirtschaftlicher Art vor allen anderen Problemen von lokaler oder kurzfristiger Bedeutung den Vorrang haben. Ferner stellen die Kommentatoren übereinstimmend fest, dass die Demokraten im grossen und ganzen recht erfolgreich aus den Wahlen hervorgingen, und zwar in dreifacher Hinsicht: Erstens gehören die meisten neu-gewählten Gouverneure ihrer Partei an. Zweitens kam es ihnen offenbar zustatten, dass sie im Wahlkampf wieder jene Sachfragen in den Mittelpunkt der Diskussion stellten, welchen sie seit den Zeiten Roosevelts besonders verpflichtet sind: Rezession, Arbeitslosigkeit und hohe Zinssätze. Drittens scheinen sie einen neuen Führer in der Person von Senator *Edmund Muskie* gefunden zu haben, dessen «Image» bereits heute im Hinblick auf das Jahr 1972 aufgebaut wird.

Die Konservativen melden sich

Bekanntlich feierten Präsident *Nixon* und Vizepräsident *Agnew* das Wahlergebnis als einen «ideologischen Sieg». Bei näherer Betrachtung der Tatsachen erscheint jedoch dieser obligatorische und zweckbedingte Optimismus allerdings nicht gerechtfertigt, vor allem schon deshalb nicht, weil niemand weiss, was für eine Ideologie *Nixon* eigentlich vertritt. Damit soll nun freilich nicht gesagt sein, der Präsident sei ein Mann ohne Überzeugungen, wie dies etwa die linksliberale Presse behauptet. Aber wir müssen uns zurzeit einfach mit der Tatsache abfinden, dass die Präsidentschaft in den Vereinigten Staaten in ihrer Funktionsfähigkeit weitgehend gelähmt und von einer Unzahl von gegenläufigen Kräften überwuchert und gefangen ist.

Bleiben wir aber vorerst bei *Nixons* Ausdruck vom «ideologischen Sieg». Soll damit der Umstand gemeint sein, dass sich die Linksextremisten keiner nennenswerten Unterstützung durch die Wählerschaft erfreuten? Dies ist aber nicht überraschend, da die Stimmen der ideologischen Sympathisanten unserer «Stadtguerillas» bei

Kongresswahlen ohnehin nicht ins Gewicht fallen. Oder soll es heissen, dass einige neue konservative Politiker aus dem Süden im Kongress Einzug hielten? Dies weist aber nur auf die Beständigkeit der süd-staatlichen Wählerschaft hin, deren Abgeordnete sowohl den traditionellen Werten verpflichtet als auch Angehörige der Demokratischen Partei sein können und daher im Kongress nicht unbedingt immer zugunsten der Regierung stimmen. Oder sollen schliesslich damit die beiden einzigen echten Überraschungen gemeint sein, nämlich die Wahl der Konservativen *William Brock* aus Tennessee und *James Buckley* aus New York in den Senat? Dazu kann man nur feststellen, dass New York, der Schauplatz der schlimmsten Rassenunruhen und anderer Ausschreitungen, nicht als repräsentativ für das ganze übrige Land betrachtet werden darf. Tatsächlich wurde in einem anderen Staat mit ähnlichen Problemen, in Kalifornien, Gouverneur *Reagan* mit einem geringeren Stimmenvorsprung als früher wiedergewählt. Der konservative Senator *Murphy* erlitt, was in der europäischen Presse kaum irgendwo vermerkt wurde, eine Niederlage, und auch der konservative Erziehungsdirektor dieses Staates, *Max Rafferty*, unterlag seinem eigenen Mitarbeiter, *W. Riles*, einem Neger und progressiven Demokraten.

Man soll sich jedoch auf Grund dieser Bestandesaufnahme nicht etwa dazu verleiten lassen, die Bedeutung des Sieges *Buckleys*, des Führers der erst acht Jahre alten Konservativen Partei, in New York zu unterschätzen. Sein Erfolg erscheint mir sehr bezeichnend, kam er doch in einer durch unglaublich boshafte Anwürfe und Verleumdungen vergifteten Atmosphäre zustande. Die New Yorker Zeitungen schimpften *Buckley* einen «Klu-Klux-Klan-Sympathisanten» und bezeichneten ihn als «repressiv», «herzlos», «reaktionär» usw. Aber Gouverneur *Rockefeller* war, wie übrigens auch die Mehrheit der Wählerschaft, anderer Meinung. Schon lange vor dem Wahltag unterstützte er *James Buckley* und liess den offiziellen

republikanischen Kandidaten Charles Goodell im Stich. Es ist ein offenes Geheimnis, dass zwischen dem Weissen Haus, dem Gouverneur und Buckleys Konservativer Partei ein gewisses Einvernehmen bestand. Dieser Umstand wurde spätestens dann für jedermann klar, als der Präsident und der Vizepräsident dem neuen Senator telephonisch ihre Glückwünsche übermittelten.

Dennoch behauptete Tom Wicker in der «*New York Times*» mit Recht, man könne nicht von einer das ganze Land erfassenden konservativen Grundwelle sprechen. Und Buckley gab, wie wenn er nachträglich den Befund Wickers hätte bestätigen wollen, bald nach den Wahlen die überraschende Erklärung ab, dass die Konservative Partei mit seinem Sieg ihr Ziel erreicht habe und dass er sich als ein «Mitglied» der Mannschaft des Präsidenten betrachte. Damit bleiben die Hoffnungen der Konservativen, die vorerst ihren Erfolg ausgiebig feierten, auf eine selbständige politische Rolle bis auf weiteres unerfüllt. Angesichts der politischen Realitäten in den Vereinigten Staaten ist die Erklärung Buckleys auch ganz fehl am Platze. Seine Wählerschaft setzte sich zur Mehrheit aus Leuten zusammen, die bisher gesinnungsmässig dem demokratischen Lager angehörten, die aber zur Zeit der Wahlen sowohl mit ihrer eigenen Partei als auch mit Präsident Nixons Amtsführung unzufrieden waren. Die Konservative Partei könnte unter Umständen auch künftig mit diesem Stimmenpotential rechnen und hier eine recht tragfähige Operationsbasis finden. Zwar scheint in Amerika eine dritte grosse Partei nach wie vor eine Anomalie darzustellen, aber – und damit kommen wir zum zweiten politisch bedeutsamen Ergebnis – eine starke, zugkräftige Ideen artikulierende «pressure group» in Gestalt einer *lokalen* Partei ist fast zu einer Notwendigkeit geworden. Der Grund dafür ist nicht in den letzten Wahlen, sondern in einem weiteren Zusammenhang zu suchen. Die USA werden heute in zunehmendem Masse ideologisiert, aber aus historisch bedingten Erwä-

gungen können die beiden traditionellen Parteien dies nicht offen zugeben. Ebenso wenig vermögen sie sich von ihrer etwas langweiligen und feierlichen Rhetorik zu trennen, da sie nun einmal dem überkommenen politischen Sprachgebrauch entspricht. Es sind lokale Gruppen, Bewegungen und neuerdings auch Parteien, die den Ideologien Ausdruck verleihen und deren Erfolge den beiden Grossen Brüdern als Trendmesser dienen.

Buhmann Nixon

Wie sollen wir uns nun erklären, dass keiner der neugewählten konservativen Politiker geneigt ist, bezüglich der Vietnamfrage oder anderer Probleme eine härtere Linie als Nixon zu vertreten? Es fällt nicht schwer, eine Antwort auf diese Frage zu finden. Im Verlauf der letzten zwei Jahre gelang es nämlich den Massenmedien, ein ausgesprochen einseitiges und düsteres Nixon-Image zu schaffen. Wollte heute irgendein Politiker behaupten, sein Standort sei rechts vom Präsidenten, so würde dies unweigerlich den politischen Selbstmord bedeuten. Tagtäglich kann man in den grossen Blättern des Landes lesen, Nixon spalte die Nation, schaffe unbegründete Angstvorstellungen, gebärde sich wie ein Diktator und trage sich vielleicht sogar mit dem Gedanken, die Wahlen von 1972 zu suspendieren, um künftig uneingeschränkt selbst zu regieren. *Barry Goldwater* begegnete seinerzeit weitverbreiteter Verachtung; Nixon hingegen zieht heute den unversöhnlichsten Hass auf sich. Es ist dies freilich – wir wollen uns darüber keiner Täuschung hingeben – nicht die im Volke vorherrschende Stimmung, sondern die der sogenannten «rassischen Minderheiten» und der «Gelehrtenrepublik». Überaus zahlreiche Intellektuelle nennen Nixon, wenn sie sich zu den Unruhen am Kent State College oder zur Invasion in Kambodscha äussern, im gleichen Atemzug mit Hitler und der nationalsozialistischen Tyrannei.

Probleme über Probleme

Bekanntlich trugen die Novemberwahlen nicht dazu bei, die allgemeine Situation in irgendeiner Hinsicht zu klären, und es stellt sich die Frage, wie wohl die weitere Entwicklung im Lande verlaufen wird. Die Demokraten blicken mit neuem Selbstvertrauen in die Zukunft und hoffen auf einen Sieg im Wahljahr 1972. Dieser Umstand zwingt Nixon, sich ein neues Image zuzulegen. In seinen ersten beiden Amtsjahren trat er in der Rolle des Hüters von Recht und Ordnung auf. Künftig wird er auch als der Mann erscheinen müssen, dem das Gedeihen der Wirtschaft besonders am Herzen liegt. Dabei bleibt allerdings die Frage offen, wie ernsthaft und entschlossen er diese beiden Aufgaben in Angriff nehmen kann. Als sich der Präsident mit dem Plan der Intervention in Kambodscha befasste, versprachen ihm die Gewerkschaftsführer, seinem Vorhaben nichts in den Weg zu legen, sofern die Regierung darauf verzichte, die gewerkschaftlichen Lohnforderungen zu bekämpfen. Somit ist die jetzige Administration, wie schon einige ihrer Vorgängerinnen, auf eine Politik der Vollbeschäftigung festgelegt. Das Wettrennen zwischen Löhnen und Preisen wird weitergehen, und das Land wird eine inflationistische Fiskalpolitik auf sich nehmen müssen.

Eng verbunden mit der Fiskalpolitik ist auch die Sozialpolitik. Unerhört grosse Geldmittel müssen zugunsten der stets grösser werdenden Schar jener Amerikaner bereitgestellt werden, die von der öffentlichen Fürsorge leben. Ihre Zahl nahm allein im letzten Jahr um zwanzig Prozent zu und beläuft sich zur Zeit auf über zwölf Millionen oder auf acht Prozent der erwachsenen Bevölkerung, wobei natürlich die «echten» Arbeitslosen, die etwa fünf Prozent aller Erwerbstätigen ausmachen, nicht mitgezählt sind. Heute lassen sich auch sehr zahlreiche Neger und ganze Scharen von Portorikanern und Mexikanern in den Städten des Nordens und Westens nieder, die meisten von ihnen aber nicht etwa in der Absicht, dort eine

Arbeit aufzunehmen, sondern um auf die Liste der Unterstützungsberechtigten zu kommen. Ich beteilige mich zuweilen an Radiodiskussionen über aktuelle politische Themen; immer wieder erhalte ich dann nach solchen Sendungen Briefe und Postkarten von Wohlfahrtsbeamten und Sozialarbeitern, die oft nicht einmal mehr mit vollem Namen zu unterzeichnen wagen. Sie berichten über die Gefahren, denen sie in ihrem Berufsleben ausgesetzt sind. Ihre Schutzbefohlenen drohen ihnen häufig mit Gewalt, werden in manchen Fällen tätlich oder verwüsten ihnen zumindest ihre Büros. Die Presse berichtet fast nie von Gewalttaten dieser Art, und der einzige – indirekte – Beweis für solche Vorkommnisse findet sich in der Tatsache, dass sich die Karate-Kurse eines ausserordentlich guten Zuspruchs erfreuen. Lehrer, Hausfrauen, Sozialarbeiter und andere üben sich hier in den neuesten Methoden der Selbstverteidigung. Angesichts solcher Zustände muss die Haltung vieler Politiker nachdenklich stimmen. Als beispielsweise Bürgermeister Lindsay von New York im Verlauf einer Radiodiskussion gefragt wurde, warum man die arbeitsfähigen Unterstützungsempfänger nicht dazu anhalte, eine für die Gemeinschaft nützliche Tätigkeit aufzunehmen, antwortete er ungehalten, eine solche Idee sei höchst verwerflich und entspreche dem Geist des finstern Mittelalters...

Zwischen Inflation und Depression

Wenn sich Nixon 1972 um die Wiederwahl bewerben will, muss er auch die unwiderlegbare Tatsache in Rechnung stellen, dass sich die Wirtschaft heute in einer gewissen Bedrängnis befindet. Viele Wirtschaftswissenschaftler und alle Geschäftsleute glauben, der Grund für die Inflation liege in dem Umstand, dass die Produktivität mit jährlich rund einem Prozent sehr langsam zunimmt, wogegen sich der Lohnanstieg nach jedem grösseren Streik – wie beispielsweise nach dem jüngsten Ausstand bei General Motors – auf zehn bis elf Prozent beläuft. Die Firmen pflegen die

höheren Lohnkosten sogleich auf die Konsumenten zu überwälzen, worauf der Kreislauf wieder von vorn beginnen kann. Vizepräsident Agnew unterstrich kürzlich einen weiteren Aspekt des ganzen Problems. Die Vorkämpfer der militärischen Abrüstung bemühen sich mit Erfolg, rigorose Abstriche am Verteidigungsbudget vorzunehmen, was unvermeidlicherweise den Verlust zahlreicher Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie und in den von ihr abhängigen Betrieben bedeutet. Das hindert dann aber die gleichen Abrüstungsfreunde nicht, über die wachsende Arbeitslosigkeit, die logische Folge ihrer eigenen Politik, zu jammern. Die grossen Konzerne vermögen sich zwar in der Regel zu behaupten, aber die mittleren und kleinen Betriebe, die auf die Zulieferungsaufträge der mit Regierungskontrakten bedachten Grossfirmen angewiesen sind, müssen oft die Hälfte bis zu zwei Drittel ihrer Belegschaft entlassen und treten in eine Phase der Stagnation ein. Man muss sich füglich fragen, ob die ganze Entwicklung auf eine blossе Rezession hinausläuft oder ob hier bereits Symptome einer Depression vorliegen.

Versuch einer Diagnose

In dem Klima der allgemeinen Unrast werden Schwierigkeiten dieser Art oft nicht richtig klargestellt, und falls sie überhaupt zur öffentlichen Debatte kommen, so bilden sie nicht Gegenstand der leidenschaftslosen und nüchternen Erörterung. Meistens hat es dann bei nichtssagenden beschwichtigenden Erklärungen seitens der Behörden oder bei ebenso nichtssagenden wortreichen und zersetzenden Angriffen seitens anderer interessierter Kreise sein Bewenden. Kein Wunder, dass sich die Nation in zunehmendem Masse besorgt zeigt, ohne aber in der Lage zu sein, das Übel richtig zu diagnostizieren. Die einen behaupten, die grossen Protestwellen seien jetzt vorbei; die andern sagen eine wahre Eskalation von Gewaltakten voraus.

Vielleicht lässt sich der heutige Zustand etwas vereinfacht folgendermassen umschreiben: Über die Basis des geschäftli-

gen, ausreichend organisierten und routinemässig sich abwickelnden amerikanischen Alltagslebens hat sich eine Art von kultureller Revolution gelagert, und die im Grunde phantasiearmen Amerikaner, die sich bisher noch nie einer derart grundsätzlichen Infragestellung aller überkommenen Werte ausgesetzt sahen, vermögen die neuen Strömungen offenbar noch nicht in ihre Vorstellungs- und Erlebniswelt zu integrieren. Man hat gleichsam den Eindruck, das gut geölte Räderwerk einer riesigen Maschine – nämlich der amerikanischen Gesellschaft – habe sich plötzlich in einer unvorgesehenen Richtung zu drehen begonnen, das bisher vom Vertrauen des ganzen Landes getragene Bedienungspersonal sei betrunken und habe der Maschine einen völlig ungeeigneten Treibstoff zugeführt.

Hexentanz der Scharlatane

Tag für Tag preisen «Wunderdoktoren» verschiedenster Herkunft neue Heilverfahren an. Sie empfehlen sie nicht im Namen der Wissenschaft, die seit einiger Zeit wegen der von ihr mitverursachten Umweltverschmutzung in Misskredit geraten ist, sondern im Namen der «Kultur», dem neuen Zauberwort. Professor *Charles Reich* von der Yale Law School versucht uns heute unter Aufbietung eines höchst gelehrsamem Vokabulars weiszumachen, wir hätten zuerst auf der «Bewusstseinsstufe I» und anschliessend auf der «Bewusstseinsstufe II» gelebt. Heute stünden wir, angeführt von der Jugend, an der Schwelle des Zeitalters der «Bewusstseinsstufe III». Diese sei gekennzeichnet durch eine neue Gesellschaft ohne irgendwelche Strukturen, durch eine Gesellschaft, deren Mitglieder allesamt in ihren Lebensäusserungen völlig frei seien. Reich führt beredt Klage darüber, dass die Regierung sogar die Konsistenz der Erdnussbutter vorschreibe (*sic*) und darüber befinde, in welcher Form und Verpackung sie dem Verbraucher anzubieten sei. Kürzlich öffnete die «New York Times» ihre Spalten einer Diskussion über Professor Reichs

angeblich so geistreiche Gedankengänge. Bei dieser Gelegenheit empfahl *Tom Hayden*, ein Führer der «Students for a Democratic Society», in den USA die gesamte Industrie zu beseitigen, im ganzen Land Gärten anzulegen und Amerika zum «Ergrünen» zu bringen. Ferner predigte er die «kulturelle Befreiung» der Schwarzen und aller übrigen Farbigen, der Frauen, der Homosexuellen und der Künstler. Gegenüber den Institutionen äusserte er sich nicht derart grundsätzlich negativ wie der hochgelehrte Professor der Yale Law School, sondern orakelte immerhin etwas über «neue Institutionen des Protests», was immer er damit auch gemeint haben mag. Ähnlich verworrene Äusserungen von andern Leuten liessen sich in beliebig grosser Zahl anführen.

All diese wortreichen und für den Durchschnittsamerikaner oft schon wegen ihrer Sprache unverständlichen Diagnosen, Anklagen und Änderungsvorschläge führen schliesslich zum gleichen enttäuschenden Ergebnis: Die ganze erregte Auseinandersetzung ist völlig ungeeignet, Klarheit über die recht schwierige Lage der USA zu schaffen; vielmehr kompliziert sie die Dinge nur noch zusätzlich. Die wirklichen Probleme werden zerredet, gehen in einer Flut von Schlagworten unter und bleiben damit jeder nüchternen Betrachtung entzogen. «Fachleute» der einen Richtung ziehen mit missionarischem Eifer gegen die Wortführer eines andern Lagers zu Felde. Beansprucht irgendeine unverständliche Terminologie heute allgemeine Gültigkeit, so nimmt sie sich schon morgen neben einem noch modischeren Fachjargon wieder veraltet aus. Der Hexentanz geht weiter, und niemand scheint willens oder überhaupt nur fähig zu sein, den Problemen ins Gesicht zu schauen und sich über einige nicht mehr haltbare Tabus hinwegzusetzen.

Die aussenpolitische Initiative den andern überlassen

Eines der dringlichsten Probleme stellt heute die Aussenpolitik dar. Zwar stand

sie in letzter Zeit – wie auch bei den früheren Wahlen – nicht im Brennpunkt der Auseinandersetzung. Aber der Krieg in Vietnam, die Krise im Nahen Osten und die Präsenz amerikanischer Truppen in Europa und anderswo beschäftigen doch die Gemüter vieler Wähler und der meisten Kandidaten. Der Präsident, seine engsten Mitarbeiter und selbst die neugewählten konservativen Senatoren Brock und Buckley machten in Zweckoptimismus und erwähnten so verschiedenartige Dinge wie einen «ehrvollen Frieden» in Vietnam, die SALT-Verhandlungen mit Moskau, die weitere (offenbar doch sehr gefährdete) Befolgung des Rogers-Planes, eine neue, weltweite Zusammenarbeit und dergleichen im selben Atemzug. Die meisten Wähler zeigten sich zwar nicht völlig beruhigt, nahmen aber immerhin die beschönigenden Erklärungen hin, da sie weder über die heutigen noch über die künftigen Realitäten Bescheid wissen und sich ganz gerne in Sicherheit wiegen lassen. Man muss nach Washington selbst gehen, um zwischen Tatsachen und Worten unterscheiden zu lernen und sich ein eigenes Bild davon zu machen, welche Leistungen sich von der jetzigen Regierung in den nächsten zwei Jahren auf dem Gebiet der Aussenpolitik erwarten lassen.

Es besteht eine auffallend ähnliche Verhaltensweise zwischen den Regierungsstellen, die sich mit innenpolitischen Belangen, und jenen, die sich mit aussenpolitischen Fragen beschäftigen. Alle Instanzen von den untersten Rängen der Hierarchie bis hinauf zu den Beratern des Präsidenten, den Mitgliedern des Kabinetts und bis zum Präsidenten selbst lassen sich, wie es so schön heisst, vom «Willen zum Handeln» leiten. Ein hoher Beamter, ausnahmsweise ein kritischer Geist, schilderte mir den Zustand folgendermassen: Jede Kommission und jede Regierungsstelle muss heute sofort eine Antwort auf ein gerade vorliegendes Problem finden. Gefragt ist nicht eine kompetente Erörterung und Bestandesaufnahme, sondern nur eine Antwort darauf, welche Massnahmen im Moment getroffen werden sollen. Da

jede «konkrete Aktion» – ein weiteres der heute modernen Schlagworte – zwecklos bleibt, solange das betreffende Problem nicht in all seinen Aspekten durchdacht worden ist, scheint die beste Politik oft darin zu bestehen, überhaupt keine Aktion zu empfehlen oder doch nur solche Massnahmen, die sich zwar spektakulär ausnehmen, aber trotzdem nicht zweckmässig sind.

So erscheint uns denn die Aussenpolitik der USA über weite Strecken lahmgelegt, es sei denn, die Regierung raffe sich dann und wann zu improvisierten Reaktionen auf die von anderen Staaten geschaffenen Gegebenheiten auf. Eine mit der Lage vertraute Persönlichkeit erklärte mir kürzlich: 1. Die Aussenpolitik werde in den nächsten zwei Jahren endgültig hinter die innenpolitischen Belange zurücktreten, da Nixon die Wahlen von 1972 gewinnen wolle. 2. Das Personal des Aussenministeriums sympathisiere zu neunzig Prozent mit den Demokraten; der Präsident sehe sich hier isoliert, und seine aussenpolitischen Pläne würden oft sabotiert. 3. Aussenminister Rogers habe nur sehr unklare Vorstellungen von den Problemen der Weltpolitik, aber er hege ein Gefühl der Bewunderung für Präsident Kaunda von Sambia. 4. Niemand wisse, was Dr. Kissinger denke und in welchem Sinne er, falls überhaupt, den Präsidenten beeinflusse.

Vollendete Tatsachen

Folglich werden die USA mindestens in den nächsten zwei Jahren ihre Aussenpolitik in hohem Masse von einigen vollendeten Tatsachen bestimmen lassen müssen: 1. Washington wird weiterhin die Bonner Ostpolitik unterstützen. 2. Die USA können, sofern sie es nicht auf einen Krieg ankommen lassen wollen, nichts unternehmen, um ein weiteres Erstarken der sowjetrussischen Flottenpräsenz im Mittelmeer zu verhindern. 3. Die USA werden auch künftig Israel mit Waffen beliefern; sie sind aber nicht in der Lage, etwas zur Verminderung der Spannung im Mittleren

Osten beizutragen. 4. Die USA verfügen über kein Mittel, um Chile zu isolieren oder der Ausbreitung des Marxismus in Lateinamerika entgegenzuwirken. 5. Die Regierung ist entschlossen, spätestens bis zum Frühjahr 1972 die amerikanischen Truppen aus Vietnam abzuziehen.

Hang zum Isolationismus

All dies stellt also keine sehr imponierende Bilanz dar. Es ist viel weniger, als man von der Aussenpolitik einer Weltmacht vom Range der USA mit ihren zahlreichen internationalen Verpflichtungen eigentlich erwarten würde. In offiziellen Kreisen Washingtons stösst man auf Schritt und Tritt auf geistige Hilflosigkeit, Zweifel und Pessimismus. In der Bevölkerung gewinnt die Ansicht an Boden, die Sowjetunion sei in militärischer Hinsicht den Vereinigten Staaten dermassen überlegen, dass man am besten daran tue, jeder Konfrontation aus dem Wege zu gehen. Die Behörde für Rüstungskontrolle und Abrüstung, die zur Zeit die SALT-Gespräche mit Moskau führt, ist davon überzeugt, dass ein Übereinkommen im Bereich der atomaren Rüstung auch die Gefahr des Ausbruchs eines konventionellen Krieges völlig beheben würde.

Wie hingegen ausländische und amerikanische Militärsachverständige erklären, ist genau das Gegenteil der Fall: Nur die Angst vor einer nuklearen Eskalation hat bisher den Ausbruch grösserer konventioneller Kriege verhindert. Auf jeden Fall wird sich als Folge des Wissens um die wachsende sowjetische Militärmacht sowohl unter den Politikern als auch in weiten Kreisen der Bevölkerung ein immer stärkerer Hang zum Isolationismus geltend machen. Es besteht kaum ein Zweifel darüber, dass gerade *dieser* Begriff eine der wichtigsten Parolen in den nächsten zwei Jahren sein wird. Möglicherweise wird er auch für die Wirtschaftspolitik Anwendung finden, wie es sich schon heute aus den Bemühungen ersehen lässt, die einheimische Textil-, Schuh- und andere

Industrien gegen Importe aus dem Fernen Osten, aus Italien usw. abzuschützen.

Prognosen

Wollte man Voraussagen über die weitere politische Entwicklung treffen, so dürfte man mit einer gewissen Berechtigung von einem wachsenden Trend zum Isolationismus sprechen. Eine weitere Voraussage betrifft – wie bereits zu Beginn dieses Artikels kurz erwähnt – die Tatsache, dass grosse Teile der Bevölkerung je länger je mehr an der Tauglichkeit der amerikanischen Institutionen zweifeln. Eines der herkömmlichen Verfahren dieser Institutionen, nämlich der sogenannte demokratische Willensbildungsprozess, scheint immer weniger in der Lage zu sein, die neuen Strömungen einer revolutionären oder quasi-revolutionären Ideologie zum Ausdruck zu bringen. Mächtige Gruppen von Intellektuellen, die ihren Rückhalt in den Universitäten, Stiftungen und zahlreichen finanziell gut gestellten Instituten haben, empfehlen die Ausarbeitung einer neuen Verfassung, die sich mit der sogenannten moralischen, sexuellen oder biologischen Revolution, die heute das Land

erfasst habe, im Einklang befinde. Zahlreiche «Kongresse» geben Feststellungen und Resolutionen von sich, die zu all den geheiligten Idealen der amerikanischen Vorstellungswelt in krassem Widerspruch stehen. Dabei predigen die Vorkämpfer dieser Richtung nicht nur für die USA, sondern für die ganze Welt den Anbruch der «Bewusstseinsstufe III».

Bei oberflächlicher Betrachtung könnte man versucht sein, solche Heilsbotschaften den zahlreichen Zufallserscheinungen und überspannten Modetorheiten zuzurechnen, für die Amerika seit jeher bekannt ist. In Tat und Wahrheit gehören sie aber zu einem reissenden Strom von zersetzenden Gedankengängen, die sich über die verstörte Nation ergiessen. Die Vorkämpfer dieser Bewegung arbeiten vor allem im «kulturellen» Bereich einer Gesellschaft, die dank einer Unzahl von Colleges pseudo-intellektualisiert und infolge der unausgesetzten Berieselung durch das Fernsehen verunsichert ist. Im Lichte solcher Phänomene nehmen sich die jüngsten Wahlen seltsam unwirklich aus. Man fühlt sich geradezu in die Welt Kafkas versetzt, wo das Absurde wirklich und das Tatsächliche trügerisch ist.

Thomas Molnar

Innenpolitische Rundschau

UNBEHAGEN ALS LEITMOTIV?

An der Schwelle eines Wahljahres

Wir stehen an der Schwelle eines Wahljahres. Der Wahltag ist der «Zahltag» der Demokratie. Er bietet Gelegenheit, mit dem Stimmzettel Verdienste zu honorieren, Unterlassungssünden zu sühnen, positive und negative Empfindungen zählbar und damit sichtbar werden zu lassen. Die Strategen der eidgenössischen Parteien sind bereits seit längerer Zeit daran, Wahlplatt-

formen zu bereinigen und Kampagnen zu konzipieren. Sie versuchen dabei, die «Zeichen der Zeit» zu deuten und praktische Folgerungen daraus zu ziehen.

Welches sind diese «Zeichen der Zeit», die sich in der jüngsten Vergangenheit einigermaßen fassbar aus dem Grau des zähflüssigen Alltagsstroms der schweizerischen Innenpolitik herausgehoben haben und die sich auf die künftige Gestalt unseres Parlaments auswirken könnten?

Eines der häufigsten Leitmotive der Artikel und Ansprachen zur Jahreswende ist das «Unbehagen». Unbehagen am Wohlstand, Unbehagen an der Überfremdung, Unbehagen an den Begleiterscheinungen der technischen Revolution, Unbehagen an der teilweisen Manövrierschwäche unseres demokratischen Entscheidungsmechanismus – das sind die wesentlichen Schlagworte, mit denen der «eidgenössische Unmut» unserer Tage illustriert zu werden pflegt. Und zu jedem dieser Stichworte boten die vergangenen zwölf Monate mehr oder weniger schlüssiges Anschauungsmaterial.

Eine Lebensform auf der Suche nach ihrer Philosophie

Das «Unbehagen» am Wohlstand und an der technischen Zivilisation datiert nicht aus dem Jahre 1970; es hatte sich aber kaum je zuvor so deutlich in politischen Entscheiden manifestiert. Die Fremdarbeiterinitiative vor allem, über die am 6. Juni abzustimmen war, bot sich in überraschendem Ausmass als Vehikel für solche Unlustgefühle an. Das zeigte sich nicht zuletzt darin, dass auch ländliche Kantone ohne eigentliches Überfremdungsproblem grosse Ja-Kontingente aufbrachten und damit den Drohfinger gegenüber einer Entwicklung erhoben, die gerade den traditionsreichsten unter den schweizerischen Ständen nicht mehr geheuer erscheint.

Natürlich spielte hier auch die geographische Unausgeglichenheit des schweizerischen Wirtschaftswachstums mit hinein; das Gefälle zwischen «armen» und «reichen» Gegenden nimmt immer mehr zu, ohne dass sich politische Mittel zu einer tiefergreifenden Korrektur abzeichnen würden. Der eigentliche Kern des Unbehagens liegt aber tiefer. Zunächst einmal herrscht zunehmende Unsicherheit darüber, wie ein «vernünftiges» Wirtschaftswachstum auszusehen hätte. Einig ist man sich lediglich darüber, dass heutzutage manche Proportionen stark verbogen sind.

Fehlt es schon in dieser Hinsicht an

einigermassen gültigen Leitbildern, so trifft dies noch viel mehr auf die Gesellschaft als ganzes zu. Die «freie Gesellschaft freier Menschen», die ihre politische Form in der Demokratie und ihre ökonomische Konzeption in der freien Marktwirtschaft gefunden hat, ist in ihrer Substanz zu selbstverständlich und in ihrem Umriss zu vage, als dass sie in einem wirklich gestaltenden Sinne noch durchschlagende Prägnanz aufwiese. Deshalb haben auch extremistische «Alternativen» in letzter Zeit einen für viele überraschenden «Aktualitätsgrad» erreicht.

Es liegt auf der Hand, dass unsere politischen Parteien hier die Chance hätten, zu einer ideellen «Wiederaufrüstung» wesentliches beizutragen und neue ordnungspolitische Impulse zu geben. Aber ebenso klar ist, dass sie damit geradezu hoffnungslos überfordert sind. Wo die geistige Grundlegung durch die zuständigen Wissenschaften fehlt, da darf man auch von den Parteien keine allzu grossen Erleuchtungen erwarten. Die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und auch die Philosophie sind heutzutage entweder rein technologisch oder aber extrem ideologisch ausgerichtet. Damit aber fallen sie als ordnungspolitische Helfer in einem freiheitlich-offenen Sinne weitgehend aus. Hier liegt eine der Hauptwurzeln des Unbehagens dieser Wohlstandsgesellschaft: Es fehlt an geistigen Orientierungsmarken, die mehr sind als blosses Binsenwahrheiten. Und es fehlt an durchschlagskräftigen Leitbildern liberaler Grundhaltung, welche bei der jungen Generation erfolgreich mit extremen Ordnungsvorstellungen in Wettbewerb treten könnten.

Verlust der Heimatlichkeit?

Einer der Hintergründe des Achtungserfolgs der Überfremdungsinitiative liegt sicherlich in dem, was man als Angst um die Heimatlichkeit bezeichnen könnte. Zwar internationalisiert sich das Leben in verschiedensten Bereichen. Mode, Unterhaltung, Wohnkultur, Architektur – alles

pendelt sich immer mehr auf internationale Muster ein. Anscheinend bleibt aber auch im «modernsten» Menschen ein «Restbedürfnis» für heimatliche Geborgenheit, jenseits der Sehnsucht nach offenen – und zollfreien – Grenzen. Man möchte sich noch «wohl fühlen». Das aber heisst nach wie vor für viele Schweizer: unter sich sein.

Hier liegt ein Dilemma vor, das praktisch unauflöslich ist. Denn derselbe Schweizer ist bekanntlich mit einem ausgesprochen starken wirtschaftlichen Sinn versehen, der ihn dazu gebracht hat, eben diese Heimatlichkeit durch übermässigen Zuzug von «Fremdarbeitern» in Frage zu stellen. Abhilfe ist unter solchen Umständen schwer zu schaffen – jedenfalls auf der Basis rein arithmetischer Massnahmen. Gewiss wird man die optimale Grösse des Wohlstands und des wirtschaftlichen Wachstums neu überdenken müssen. Aber ebenso gewiss ist es, dass bestimmte altvertraute Lebensformen und Vorstellungen endlich mit den wirklichen Verhältnissen in Einklang zu bringen sind. Da helfen keine Überfremdungsinitiativen und keine politischen Trotzdemonstrationen. Da hilft nur intellektuelle Redlichkeit bei der Beurteilung der Lage.

Aufbäumen des Föderalismus

Zu den innenpolitischen Hauptakzenten der letzten zwölf Monate gehört auch der Entscheid über die Finanzordnung vom 15. November, und zwar nicht nur unter finanzpolitischem Aspekt. «Sieg des Föderalismus» hiess es in vielen Kommentaren, weil die Vorlage zwar nicht an der Mehrheit der Stimmbürger, wohl aber am Nein der Ständemehrheit scheiterte. Besser als von einem «Sieg» hätte man wohl von einem Aufbäumen des Föderalismus gesprochen. Denn die Zukunft des Föderalismus hängt letzten Endes kaum von der Möglichkeit oder Unmöglichkeit der Kantone ab, mittels des Ständemehrs auf Steuersätze des Bundes Einfluss zu nehmen. Entscheidend ist vielmehr, dass die Kantone als funktions- und leistungs-

fähige politische Körperschaften erhalten bleiben.

Und hier stellen sich Probleme, die mit einem Ausbau des Finanzausgleichs allein kaum zu bewältigen sein werden. Die Hauptschwierigkeit wird vielmehr darin bestehen, die Sogwirkung der wirtschaftlichen «Gravitationszentren» mit geeigneten Gegenmassnahmen aufzufangen. Wenn ein Kanton wie Appenzell-Ausser rhoden, der immerhin noch nicht allzu abseits von den grossen «Heerstrassen» liegt, in den letzten zehn Jahren nur um 104 Einwohner zunahm, so spricht dies Bände. Dabei ist erst noch in Rechnung zu stellen, dass von den 20 Gemeinden des Kantons nicht weniger als 15 ein Minus bis zu 16 Prozent aufweisen. Dieses Minus wird durch 5 Gemeinden ausgeglichen, welche gewissermassen zur Agglomeration St. Gallen gehören.

Stagnation in der Bevölkerungszahl kann in einem solchen Gebiet nur gleichbedeutend mit wirtschaftlicher Stagnation sein. Andererseits bleiben auch solche Gegenden trotz diesem Stillstand nicht von den steigenden Ansprüchen der Bürger an ihren Staat verschont, wie sie heute allgemein spürbar werden. Damit entsteht eine Einnahmen/Ausgaben-Schere, die nur mit dem bitteren «Gang nach Bern» korrigiert werden kann – eine Methode, die auf die Dauer doch wohl jedes gesunde staatspolitische Selbstvertrauen entscheidend unterhöhlen wird. Hier wird langfristig gesehen jede punktuelle Hilfe Stückwerk bleiben. Was wir brauchen, ist eine Gesamtkonzeption der Wirtschaftsentwicklung und ein – föderalistisch tragbares – Instrumentarium zu ihrer Verwirklichung.

Immobilismus der Staatsführung?

Das Unbehagen, so wurde eingangs angeführt, erstreckt sich teilweise auch auf die häufig kritisierte Manövrierfähigkeit unseres staatlichen Entscheidungsmechanismus. Paradebeispiel dafür war in den letzten Monaten einmal mehr die Finanz- und Konjunkturpolitik. Es gelang nicht, eine

bescheidene Reform der Finanzordnung über die Referendumshürde zu bringen. Und Regierung und Parlament zeigten sich auch ausserstande, eine durchgreifende Konzeption der Konjunkturdämpfung zu entwickeln, geschweige denn durchzusetzen.

Das letzte Schulbeispiel dieser Art war die Budgetdebatte der eidgenössischen Räte in der Dezembersession. Obwohl der Voranschlag für den Bundeshaushalt 1971 mit je ungefähr einer Milliarde Zunahme auf der Einnahmen- wie auf der Ausgaben-seite ohnehin nicht als «konjunkturgerecht» bezeichnet werden kann, erwies es sich als unmöglich, wenigstens einen Budgetausgleich auszuhandeln. Entsprechende Kürzungsanträge des Finanzministers, die sich einerseits wegen zusätzlichen Ausgabenbeschlüssen des Parlaments und anderseits wegen des Einnahmenausfalls als Folge der abgelehnten Finanzordnung aufdrängten, fanden wenig Gegenliebe im Parlament und wurden erbarmungslos zusammengestrichen.

Auch wenn diese Kürzungen konjunkturpolitisch kaum grosse Wirkungen ausgelöst hätten, so ist es doch schon aus psychologisch-politischen Gründen höchst bedauerlich, dass der bewährte Grundsatz,

den Voranschlag in Zeiten der Hochkonjunktur defizitlos zu gestalten, kurzerhand über Bord geworfen worden ist. Daraus Handlungsunfähigkeit des Parlaments überhaupt abzuleiten, ginge allerdings zu weit. Angesichts der engen Verflechtung von Politik und wirtschaftlichen Interessen ist es heutzutage ausserordentlich schwer, noch wirklich zielstrebige Finanzpolitik zu betreiben. Auf andern Gebieten der Innenpolitik ist es denn auch um die Handlungsfähigkeit von Regierung und Parlament wesentlich besser bestellt.

Bedeutungsvolle Kaderauslese

Angesichts all dieser Probleme schweizerischer Innenpolitik wird man zwar von den Parteien an der Schwelle des Wahljahrs 1971 kaum programmatische Allheilmittel erhoffen dürfen. Was man von ihnen aber erwarten muss, ist eine Kaderauslese, die eine personelle Besetzung der politischen Ämter gewährleistet, welche nicht nur Interessenausgleich auf höchster Ebene, sondern politische Führung unter dem Gesichtspunkt des längerfristigen Gemeinwohls verheisst.

Spectator

WIRTSCHAFTSCHRONIK

Wirtschaftlicher Engpass in Polen

Das beherrschende Ereignis während der Berichtsperiode war zweifellos die in Polen ausgebrochene Unrast, die mit dem Sturze Gomulkas und mit der Bildung einer neuen Regierung ihren Höhepunkt erreichte. Der eruptive Ausbruch entzündete sich an massiven Preiserhöhungen für Konsumgüter, die unmittelbar vor Weihnachten dekretiert wurden. Hinter dieser Massnahme versteckt sich eine *wirtschaftliche Krise* von weit grösserer Tragweite, die unterschwellig seit längerer Zeit vorhanden

war und mit den Preiserhöhungen «plötzlich» offen ausbrach.

Die Wirtschaftskrise in Polen ist letztlich der Reflex davon, dass es dieses Land im Laufe der vergangenen Jahre versäumt hat, längst fällige Reformen durchzuführen. Mit der Sowjetunion gehört Polen in der Reformpolitik zu den konservativsten Ländern. Seine Planstruktur ist noch immer sehr stark autokratisch-zentralistisch aufgebaut; es fehlte an einem durchgreifenden Konzept zu dezentraleren Formen der Zentralverwaltungswirtschaft. Die Reformpolitik, in der sich auch Polen versuchte,

war halbherzig, zögernd und von einer bemerkenswerten Unsicherheit in der Bestimmung des Kurses beherrscht.

Zwei Hauptursachen sind für diesen Sachverhalt ins Feld zu führen. Einmal die Person des ehemaligen Parteichefs selbst, der kein enges Verhältnis zu wirtschaftlichen Problemen hatte und der in seiner Haltung zwischen den Reformern, den Technokraten auf der einen Seite und den alten konservativen Parteikämpfern auf der anderen Seite hin und her schwankte. Sodann aber muss es auch als eine historische Tatsache bezeichnet werden, dass die konservativen Parteielemente auf der Welle des Antisemitismus im Jahre 1968 zugleich auch eine vehemente Attacke gegen die vorwiegend jüdischen Reformpolitiker ritten. Zahlreiche wirtschaftliche Experten, so vor allem der bekannte Nationalökonom Brus, fielen dieser Kampagne zum Opfer. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass dadurch die Reformpolitik in Polen einen erheblichen Rückschlag erlitten hatte.

Die wirtschaftliche Krise in Polen ist nicht über Nacht entstanden. Sie hat sich vielmehr seit längerer Zeit angekündigt, und verschiedene Exponenten des Regimes hatten die Öffentlichkeit bei mannigfachen Anlässen auf die bevorstehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten hingewiesen; Gomulka selbst hatte noch am 6. September anlässlich des Erntefestes in Warschau den Ernst der Lage in der Landwirtschaft mit sehr dunkeln Farben gemalt. Aber das Regime fand nicht die Kraft, die sich abzeichnenden Gefahren zu bannen. Im Rückblick betrachtet muss es auch erstaunen, dass die anderen sozialistischen Länder dem in Nöten geratenen Partner nicht früher wirkungsvolle Hilfe zuteil werden liessen, obwohl Polen im Rahmen des Comecon um Hilfe nachgesucht hatte. Offenbar wurden die möglichen politischen Auswirkungen der wirtschaftlichen Krise unterschätzt.

Die Mängel, die die polnische Planwirtschaft aufweist, sind für das System der Zentralverwaltungswirtschaft sehr typisch: ungenügende Dynamik, tiefe Pro-

duktivität, nicht marktgerechte Produktionsstrukturen, Anhäufung von nicht fertiggestellten Investitionen, periodische Entstehung von Engpässen sowohl im Konsumgüter- wie im Investitionsgütersektor. Diese Situation hat sich in den vergangenen Jahren in unablässigen Planrevisionen niedergeschlagen; und auch der neue Plan 1971/75 muss, noch ehe er das Licht der Welt erblickt hat, revidiert werden. Deshalb ist im Kreise der reformfreudigen Experten seit langem die Auffassung durchgedrungen, dass es mit Planrevisionen allein nicht mehr sein Bewenden haben könne, dass an die Stelle der Planrevisionen vielmehr echte *Systemreformen* zu treten hätten. Diese Experten konnten sich aber gegen die Phalanx der konservativen Parteidogmatiker nicht durchsetzen.

Polen wird seine Krise nicht kurzfristig bewältigen können. Erstens fehlt es dem Lande an eigenen wirtschaftlichen Ressourcen. Und sodann weist Polen eine Aussenhandelsstruktur auf, die nicht auf seine wirtschaftlichen Interessen abgestimmt ist, sondern vielmehr als ein Spiegelbild der politischen Lage des Landes zu interpretieren ist. Seine aussenwirtschaftliche Hinwendung zu den sozialistischen Ländern, vor allem zur Sowjetunion, hat eine wirtschaftliche Abwendung vom dynamischeren Westeuropa gebracht, die nun sehr schmerzlich ins Gewicht fällt. Im Rohstoffsektor ist Polen in ausserordentlich starkem Masse von der Sowjetunion abhängig. Die Sanierungsmassnahmen werden auf diesen Tatbestand Rücksicht nehmen müssen. Polen ist auf Auslandshilfe angewiesen, die aber, wie im Falle der Tschechoslowakei, der die polnische Reformpolitik ebenfalls erheblich gebremst hatte, primär aus den sozialistischen Ländern kommen muss; damit wird die Abhängigkeit dieses Landes vom sozialistischen Lager noch verstärkt werden.

Ungarns Vormarsch

Auf der anderen Seite der reformpolitischen Skala steht Ungarn, das seit dem

Januar 1968 ein sehr bemerkenswertes reformpolitisches Programm in die Wirklichkeit umzusetzen versucht. Zwar ist auch Ungarn, wenn es allein von der Struktur seiner politischen Herrschaftsform aus beurteilt wird, noch immer ein rein kommunistischer Staat, der sich durch Intoleranz, politischen Absolutismus und Unduldsamkeit auszeichnet. Am letzten Parteikongress der ungarischen Kommunisten wurden die ökonomischen Ziele überprüft und die Marschrichtung während der neuen Planperiode 1971/75 fixiert. Es wurde dabei die Politik, die auf eine weitere *Verselbständigung der Unternehmen* abzielt, bestätigt. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhange insbesondere, dass die ungarischen Kommunisten davon absehen, das System der betrieblichen Mitbestimmung einzuführen; sie definieren das unternehmerische Risiko in erster Linie als ein «managerial risk», wenden sich also prononciert vom jugoslawischen Beispiel ab.

Sodann wurde am letzten Parteikongress hervorgehoben, dass eine weitere Intensivierung der *internationalen Arbeitsteilung* notwendig sei. Ungarn ist – wie Polen – als kleines rohstoffarmes Land auf intensive Aussenhandelsbeziehungen angewiesen. Entsprechend der politischen Einflussphäre, in der sich Ungarn befindet, muss allerdings auch dieses Land den Blick in erster Linie auf den Comecon-Raum richten. Und die Integration im Comecon wird deshalb grundsätzlich bejaht, gleichzeitig aber auch für ein vorsichtiges Integrationstempo plädiert, was nur heissen kann, dass Ungarn davor zurückschreckt, das Comecon in der Form einer supranationalen Behörde zu sehen. In dieser Beziehung fällt die unvoreingenommene Haltung Ungarns gegenüber der EWG positiv auf.

Abgeschwächtes Wachstum

Die westlichen Industriestaaten haben eine Periode des relativ raschen wirtschaftlichen

Wachstums, die von einer Welle boomhafter konjunktureller Entwicklung getragen wurde, hinter sich; allerdings hat sich das wirtschaftliche Wachstum in den einzelnen Industrieländern mit unterschiedlicher Intensität ausgewirkt. Die rasche wirtschaftliche Gangart hat der westlichen Welt jedoch gleichzeitig eine Phase der höheren Geldentwertung beschert. Praktisch alle Auguren weisen nun darauf hin, dass sich in der Weltwirtschaft eine Periode der rückläufigen Wachstumsraten abzeichnet. Die OECD beispielsweise hat errechnet, dass für ihre Mitgliedländer das Wachstum in diesem Jahre noch 3¼% (Bruttosozialprodukt) betragen habe, wogegen es im Vorjahre noch 4,9% erreichte.

Es deuten tatsächlich einige Indikatoren darauf hin, dass 1971 eine leichte *Verflachung* der Expansion einsetzen wird. Es ist allerdings auch hier nach Ländern zu differenzieren. In den USA beispielsweise wurde die restriktive Geldpolitik spürbar gelockert, so dass sich die konjunkturellen Perspektiven in diesem Lande verbessert haben. In Europa liegen die Verhältnisse von Land zu Land unterschiedlich. In der Bundesrepublik Deutschland lassen die Auftriebskräfte leicht nach, ohne dass das notwendigerweise gleichzeitig auch ein Absinken der Inflationsrate bedeuten müsste. Die wirtschaftliche Zukunft Italiens ist unsicher, haben sich doch die Arbeitskonflikte in diesem Lande auf die unternehmerische Ertragslage ausgewirkt. Positiver ist dagegen die Situation in Frankreich zu beurteilen; die Handelsbilanz hat sich verbessert, die Währungsreserven steigen und die Preisentwicklung hat sich etwas beruhigt. Grossbritannien jedoch leidet unter einer vehementen Lohnwelle, die sich, wie die Erfahrung lehrt, sehr rasch auf die Zahlungsbilanz auswirken könnte. Wenn dies der Fall sein sollte, so würde sich für Grossbritannien die Gefahr eines Rückfalles in neue Währungsschwierigkeiten ergeben.

Oeconomicus